



*Die politischen Forderungen
der Ersatzkassen in Brandenburg
zur Landtagswahl 2024*

Inhalt

1. Brandenburg hat die Wahl	4
2. Prävention	6
3. Ambulante Versorgung	8
4. Stationäre Versorgung	11
5. Sektorenübergreifende Versorgung	13
6. Pflege	14
7. Ausblick	16



Liebe Leserinnen und Leser,

im Namen der Ersatzkassengemeinschaft freue ich mich, Ihnen unser Positionspapier zu den anstehenden Landtagswahlen in Brandenburg vorstellen zu dürfen.

Die Gesundheits- und Pflegepolitik steht vor entscheidenden Weichenstellungen, die weitreichende Auswirkungen auf die Lebensqualität

aller Bürgerinnen und Bürger haben werden. Auf den nachfolgenden Seiten haben vdek und Ersatzkassen deshalb ihre zentralen politischen Forderungen und Visionen dargelegt. Sie zielen darauf ab, eine umfassende und bedarfsgerechte Versorgung für alle Versicherten zu sichern. Von der Stärkung der Prävention und Gesundheitsförderung über den Ausbau digitaler Infrastrukturen bis hin zur Reform der stationären und ambulanten Versorgung zeigen wir, was es braucht, damit eine zukunftsfeste Gesundheitsversorgung in Brandenburg gelingen kann.

Unser Positionspapier zeichnet einen klaren Weg vor, wie wir gemeinsam mit politischen Entscheidungsträgern, Verwaltung und allen weiteren Akteuren im Gesundheitswesen die notwendigen Veränderungsprozesse angehen, um eine qualitativ hochwertige Versorgung für alle zu sichern.

Lassen Sie uns gemeinsam die Zukunft der Gesundheitsversorgung im Sinne der Brandenburgerinnen und Brandenburger gestalten!

Rebecca Zeljar

Leiterin der vdek Landesvertretung
Berlin / Brandenburg

1. Brandenburg hat die Wahl

Das Land Brandenburg steht vor wegweisenden Wahlen. Die Ausrichtung der Gesundheits- und Pflegepolitik im Land und damit die Versorgung seiner Bürgerinnen und Bürger wird maßgeblich vom Wirken der nächsten Brandenburger Landesregierung abhängen. Gesundheitliche, wie auch pflegerische Versorgung berühren die Lebensumstände der Menschen in Brandenburg wesentlich. Ganz gleich, ob jung, alt, gesund oder krank. Die Menschen sind auf ein funktionierendes Gesundheitswesen angewiesen. Gesundheitspolitische Akteure sind gemeinsam aufgefordert, innovative Lösungen zu erarbeiten, um eine hochwertige, zugängliche und bezahlbare gesundheits- und pflegerische Versorgung für alle sicherzustellen.

Angesichts des demografischen Wandels und der fortschreitenden Digitalisierung im Gesundheitswesen sieht sich Brandenburg herausgefordert, das Gesundheitssystem neu zu denken, anzupassen und weiterzuentwickeln. Der Fokus muss hierbei zum einen auf der Versorgungsqualität liegen, zum anderen darauf, dass die Menschen sich im komplexen Gesundheitssystem zurechtfinden können.

Nach Auffassung der Ersatzkassen sind grundlegende Veränderungen im Gesundheitssystem notwendig. In der Gesundheitspolitik werden diese vielfach auf Bundesebene entschieden, aber auch die Länder haben Gestaltungsmöglichkeiten, die es zu nutzen gilt. Innovative und zukunftsfähige Angebote und Strukturen in Brandenburg, die die Qualität bei der Behandlung der Versicherten garantieren, müssen erhalten, ausgebaut oder geschaffen werden.

Weltoffen und solidarisch

Die Ersatzkassen sind als Teil der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der sozialen Pflegeversicherung (SPV) eine tragende Säule des Sozialstaates und damit der demokratischen Grundordnung in Deutschland. Als vdek in Brandenburg vertreten wir die Interessen der sechs Ersatzkassen (TK, BARMER, DAK-Gesundheit, KKH, hkk und HEK) und deren 1,2 Millionen Versicherten – unabhängig von ihrer Herkunft, Weltanschauung, sexuellen Identität, von einer Behinderung oder von Alter und Geschlecht. Unsere Grundprinzipien sind Solidarität, Mitbestimmung und Weltoffenheit. Jeder Mensch, der bei den Ersatzkassen versichert ist, ist Teil dieser Solidargemeinschaft.

Impuls setzen – Versorgung verbessern

Im Zuge der bevorstehenden Landtagswahlen in Brandenburg legt die vdek-Landesvertretung mit ihren Brandenburger Ersatzkassen ihre zentralen politischen Positionen und Forderungen dar, um die Zukunft des Gesundheitssystems im Land proaktiv mitzugestalten.

Wir suchen hierfür den offenen und konstruktiven Dialog mit allen wesentlichen Akteuren im Gesundheitswesen, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln, die den Anforderungen und Bedürfnissen der Menschen in Brandenburg gerecht werden.

2. Prävention

Seit Jahren engagieren sich die Ersatzkassen im Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung. Mit zahlreichen Präventionsprojekten werden die Versicherten in ihren Lebenswelten – wie dem Arbeitsplatz, der Schule, der Kommune – erreicht, erfahren Unterstützung und erhalten Begleitung. So können die individuelle Gesundheitskompetenz gestärkt und das Wohlbefinden nachhaltig gesteigert werden.

Gesundheitsförderung ist dabei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die insbesondere durch die öffentliche Hand im Rahmen ihrer Daseinsvorsorge strukturiert, umgesetzt und finanziert werden muss. Die gesetzlichen Krankenkassen sind jedoch weiterhin die einzigen Institutionen, die nach den Regelungen im Sozialgesetzbuch zur Finanzierung von Prävention und Gesundheitsförderung in den Lebenswelten verpflichtet werden.

Die Ersatzkassen in Brandenburg fordern:

- ***Klimaschutz ist Gesundheitsschutz***
Prävention und Klimaschutz sind im Hinblick auf den sich intensivierenden Klimawandel und dessen Auswirkungen auf Menschen und Umwelt zusammen zu denken. Der Hitzeaktionsplan in Brandenburg und sein Netzwerk sind hierfür gelungene Beispiele. Da Brandenburg bei der Anzahl der Hitzetage besonders betroffen ist, muss auch die Hitze-Prävention, insbesondere bei Kindern, Älteren und in der Pflege, verstärkt in den Fokus rücken.

- ***Gesundheitskompetenz stärken***

Die Förderung der Gesundheitskompetenz – und damit auch der digitalen Gesundheitskompetenz – ist ein wesentlicher Baustein zur Präventionsarbeit (beispielsweise die Patientenuniversität Brandenburg). Dabei ist eine Stärkung der Prävention und Gesundheitsförderung in Settings, wie Kitas, Schulen und Pflegeeinrichtungen sowie langfristige und nachhaltige Verbindlichkeiten von besonderer Bedeutung, um Projekterfolge dauerhaft zu verfestigen.

- ***Kinder und Jugendliche im Blick behalten***

Gerade Kinder und Jugendliche müssen bei der Gesundheitsförderung stärker in den Fokus rücken. Mit Blick auf die Auswirkungen der Pandemie zeigen sich hier nach wie vor erhöhte Bedarfe, die beispielsweise durch die Landesinitiative „Kindeswohl im Blick“ adressiert werden.

3. *Ambulante Versorgung*

Brandenburgs Versorgungslandschaft ist vielfältig. Unterschiede zwischen Stadt und Land zeigen sich etwa bei der ambulanten Versorgung: gut versorgte urbane Räume treffen hier auf ländliche Regionen. Zu den großen Herausforderungen der vertragsärztlichen Versorgung gehört damit neben der Sicherstellung der Akutversorgung der Bevölkerung langfristig, ausreichende Behandlungskapazitäten gleichmäßig und flächendeckend vorzuhalten.

Angesichts demografischer Veränderungen und zunehmend begrenzter Ressourcen, ist eine klare Strukturierung und Fortentwicklung der vertragsärztlichen Betreuung in all ihren Facetten, wie auch dem Ausbau der digitalen Infrastruktur erforderlich. Hierbei müssen bei der Behandlung Qualität und Effizienz berücksichtigt werden.

Gerade in ländlichen Gebieten ist für die Aufrechterhaltung der haus- und fachärztlichen Versorgung der Einsatz von zielgenauen und innovativen Konzepten notwendig.

Die Ersatzkassen in Brandenburg fordern:

- ***Digitale Infrastruktur ausbauen***
Um telemedizinische Konzepte umzusetzen, braucht es einen Ausbau der digitalen Infrastruktur und damit einen umfassenden Breitbandausbau in allen Regionen Brandenburgs. Nur so können die Potenziale der voranschreitenden Digitalisierung im Gesundheitswesen im Sinne der Versicherten auch genutzt werden.

- ***ÖGD weiterentwickeln***

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) muss so ausgestattet sein, dass er seine Aufgaben vollumfänglich – im Sinne einer bedarfsge- rechten Versorgung – erfüllen kann. Dazu zählen insbesondere die im Pakt für den ÖGD beschriebenen Handlungsmöglichkeiten. Der Ausbau von Impfangeboten, beispielsweise durch mobile Impf- teams oder Impfbusse, sollte besonders in ländlichen Regionen forciert werden.

- ***Ärztliche Niederlassung attraktiver machen – Fachkräfte gewinnen***

Die Maßnahmen der Landesregierung Brandenburg und einzel- ner Kommunen zur Steigerung der Attraktivität des Arztberufes in ländlichen Regionen sind begrüßenswert. Diese Strategie muss konsequent weitergeführt werden. Neben dem Verdienst begünsti- gen vor allem Rahmenbedingungen, wie flexible Arbeitszeitmodelle, Infrastrukturmaßnahmen wie Schul-, Kita- und Freizeitangebote, die Entscheidung des ärztlichen Nachwuchses, sich in ländlichen Regionen niederzulassen.

- ***Ärztliche Delegation ermöglichen***

Die Entwicklung, ärztliche Aufgaben stärker auf qualifizierte me- dizinische Fachkräfte zu verlagern, ist folgerichtig und positiv. Die Delegation ärztlicher Leistungen muss weiter intensiviert werden, insbesondere in ländlichen Regionen. Dies wird nach Ansicht der Ersatzkassen auch die Attraktivität der Gesundheitsberufe erhöhen.

- ***Notfallversorgung und Rettungsdienst reformieren***

Die Notfallversorgung im Land Brandenburg muss reformiert werden. Eine ausgewogene Verteilung zwischen den Rettungsstellen der Krankenhäuser, den Notfallambulanzen und den niedergelassenen Ärzten muss ein wesentliches Ziel aller Reformbemühungen sein. Nur so kann die Versorgung der Versicherten in akuten Not-situationen auch in Zukunft gewährleistet werden.

Das Rettungsdienstgesetz im Land Brandenburg muss im Rahmen der geplanten Reformen so angepasst werden, dass den Kosten-trägern ein verbrieftes Mitbestimmungs- und Verhandlungsrecht bei der Kalkulation der Rettungsdienstgebühren eingeräumt wird.

4. Stationäre Versorgung

Brandenburgerinnen und Brandenburger werden derzeit in 54 Plankrankenhäusern an 66 Standorten im Land versorgt. Behandlungsqualität und Versorgungssicherheit in der Krankenhausversorgung müssen insbesondere in den ländlichen Regionen auf hohem Niveau erhalten bleiben. Angesichts der Bevölkerungsentwicklung und der medizinischen und pflegerischen Fachkräftesituation sind strukturelle Veränderungen unausweichlich. Die qualitativ hochwertige stationäre Versorgung der Brandenburgerinnen und Brandenburger wird nicht durch das Beharren auf den Status Quo zu erhalten sein. Vielmehr leisten gezielte und bewusst gelenkte Konzentrationsprozesse einen entscheidenden Beitrag. Beispiele hierfür sind bestehende spezialisierte Versorgungsangebote im Rahmen der gesetzlich festgeschriebenen Krankenhausplanung.

Dreh- und Angelpunkt für das Gelingen der anstehenden Reformen im Krankenhauswesen sind aus Sicht der Ersatzkassen vor allem verstärkte Zusammenarbeit und Veränderungsbereitschaft der zentralen Akteure.

Die Ersatzkassen in Brandenburg fordern:

- ***In Krankenhäuser investieren***

Das Land Brandenburg muss seiner Investitionsverpflichtung für die Krankenhäuser auch zukünftig mit ausreichendem Volumen nachkommen. Eine solide zielgerichtete Investitionsfinanzierung des Landes – gerade auch mit Blick auf die bevorstehenden Veränderungsprozesse – ist bei der aktuell angespannten Haushaltslage unverhandelbar.

- ***Länderübergreifende Krankenhaus-Planung***
Die länderübergreifende Krankenhausplanung muss angesichts der Versorgung für ganz Brandenburg mit Leben gefüllt werden – mit Berlin vor allem in Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen den Fachabteilungen der einzelnen Krankenhäuser. Darüber hinaus sollte der Austausch mit den an Brandenburg angrenzenden Bundesländern intensiviert werden.
- ***Konzentration und Spezialisierung***
Die Konzentration spezialisierter Versorgungsangebote sollte in die Krankenhausplanung im Sinne kontinuierlich bestmöglicher Qualitätsstandards bewusst integriert werden.
- ***Gesundheitsregion Lausitz weiterentwickeln***
Die Ersatzkassen sind weiterhin als verlässliche Partner bei der Weiterentwicklung der Gesundheitsregion Lausitz einzubinden. So können sie auch in Zukunft einen direkten Beitrag zur bedarfsgerechten Versorgung in der Lausitz leisten. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Gesundheitsregion gilt es, die Expertise der Ersatzkassen auch zukünftig einzubinden und im Dialog zu bleiben. Dies betrifft neben den Bedarfsanalysen zur Gesundheitsversorgung auch Ausgestaltung und Einbindung in die Planung zum Universitätsklinikum Cottbus.

5. Sektorenübergreifende Versorgung

Die Ersatzkassen unterstützen neue Versorgungsansätze sowie eine stärkere sektorenübergreifende Bedarfsplanung und Versorgung. Die zur Verfügung stehenden Ressourcen müssen effizient genutzt werden, um die am Wohl der Menschen orientierte ausgewogene Versorgungslandschaft Brandenburgs zu erhalten. Hierzu zählen neben Bürokratieabbau konkret vor allem Praxisnetze, medizinische Versorgungszentren und Verbünde. Auch eine engere Verzahnung von ambulantem und stationärem Sektor, wie z. B. in der Onkologie, Geriatrie oder der psychiatrischen Versorgung, kann zu einer besseren Versorgung beitragen.

Die Ersatzkassen in Brandenburg fordern:

- **Neue Versorgungsformen schaffen**
Regionale Gesundheitspartner (RGP) haben das Potenzial zur Sicherstellung der Versorgung im ländlichen Raum. Haus- und fachärztliche Grundversorgung in Kooperation mit weiteren Heilberufen bieten „Versorgung aus einer Hand“ an. Die Nutzung digitaler Prozessabläufe bietet zudem Möglichkeiten für eine bessere Erreichbarkeit.
- **Kooperation statt Interessensverteidigung**
Kooperationen und Austausch sind bei der Überwindung von Sektorengrenzen von zentraler Bedeutung. Es bedarf eines stärkeren Miteinanders der wesentlichen Akteure, um eine gute Versorgung der Menschen auch zukünftig sicherzustellen und weiterzuentwickeln.

6. Pflege

Pflegekräfte und pflegende Angehörige leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Gleichzeitig drohen immer mehr Menschen durch Pflege und Pflegebedürftigkeit in Sozialhilfeabhängigkeit und Armut zu geraten. Angesichts rasant steigender Kosten scheinen weitere Beitragssatzsteigerungen unausweichlich. Die Absicherung des Pflegerisikos ist jedoch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Mit Blick auf den demografischen Wandel und der damit einhergehenden Zunahme an Pflegebedürftigen bei gleichzeitigem Fachkräftemangel, kommen Versorgung und Finanzierung in der Pflege eine zentrale Bedeutung zu. Im Vordergrund steht daher die Frage nach einer gerechten und ausgewogenen Aufteilung der finanziellen Lasten im Rahmen der Pflegefinanzierung.

Die Ersatzkassen in Brandenburg fordern:

- ***Betroffene entlasten***

Die finanzielle Belastung der Pflegebedürftigen und deren Angehörigen muss begrenzt werden. Das Pflegerisiko darf nicht in die Armut führen. Das betrifft sowohl die stationäre als auch die ambulante Pflege.

In Brandenburg machen die Investitionskosten, bei einer Aufenthaltsdauer von bis zu zwölf Monaten, durchschnittlich ca. 14 Prozent an der Eigenbeteiligung in der stationären Pflege aus. Das zeigen Zahlen des vdek von Januar 2024. Das Land Brandenburg muss die Investitionskosten endlich vollumfänglich übernehmen.

Entgegen der Ankündigung der Bundesregierung wurde die Ausbildungskostenumlage bislang nicht aus dem Eigenanteil herausgenommen. Durch nachfolgende Gesetzgebung ist sogar eine Erhöhung des

Eigenanteils durch Ausbildungen in der Pflege zu erwarten. Ausbildung ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Kosten dürfen nicht einseitig auf die Pflegebedürftigen umgelegt werden.

Der große Teil der Pflegebedürftigen in Brandenburg wird in der häuslichen Pflege versorgt. Daher ist eine finanzielle Entlastung durch eine spürbare Anhebung und Dynamisierung des Pflegegeldes notwendig.

- ***Fachkräfte gewinnen und halten***

Aufgrund des Fachkräftemangels steht die pflegerische Versorgung vor großen Herausforderungen. Verbesserungen der Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in der Pflege sind unausweichlich, nur so kann die Attraktivität des Berufsbildes erhöht werden. Die Rahmenbedingungen müssen so angepasst werden, dass die Integration neuer Fachkräfte dauerhaft gelingt.

- ***Bedarfsplanung starten***

Der Pflegesektor unterliegt derzeit starken Marktmechanismen. Eine Bedarfsplanung analog dem Krankenhausbereich oder der ambulanten Versorgung könnte bestehenden Tendenzen zu Unter- und Überversorgung entgegenwirken und so einen Beitrag zu einer besseren Versorgung leisten.

- ***Pakt für Pflege verstetigen***

Der Brandenburger Pakt für Pflege muss über Amtsperioden hinaus verstetigt und institutionalisiert werden. So können pflegende Angehörige auch in Zukunft zielgerichtet unterstützt werden, lokale Akteure bei der altersgerechten Gestaltung von Sozialräumen gefördert sowie Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in der Pflege verbessert werden.

7. Ausblick

Die angestoßenen Gesundheitsreformen sind im Hinblick auf den demographischen Wandel, den fortschreitenden Fachkräftemangel, die bestehenden Versorgungsunterschiede zwischen Stadt und Land sowie finanzpolitischer Unsicherheiten dringend geboten.

Alle genannten Faktoren haben schon heute Auswirkungen auf die gesundheitliche Versorgung der Menschen in Brandenburg. Die Versicherten im Land können daher nicht auf Reformen warten. Parallel zu den gesetzlichen Entwicklungen stehen die Entscheidungsträger des Gesundheitswesens in der Pflicht, schon jetzt gemeinsam für eine gute Versorgung zu sorgen.

Kooperations- und Gesprächsbereitschaft sind hierfür entscheidende Voraussetzungen. Nur im Austausch miteinander kann die Versorgung der Menschen in Brandenburg kontinuierlich weiterentwickelt und zukunftsfest gestaltet werden. Die zentralen Akteure im Brandenburger Gesundheitswesen müssen zusammen dafür eintreten, ein transparentes Gesundheitssystem zu schaffen: Informationen zugänglich zu machen, den gegenseitigen Austausch zu pflegen. Eine zukunftsfeste und sichere Patientenversorgung kann nur im gemeinsamen Handeln entstehen.

Der Überwindung von Sektorengrenzen kommt hierbei eine zentrale Bedeutung zu. Dies ist keine rein organisatorische Herausforderung, sondern bietet auch Gelegenheit, die Art und Weise, wie wir über Gesundheit und Pflege denken, neu zu definieren.

Gesundheitspolitik gemeinsam gestalten

Als Ersatzkassengemeinschaft wollen wir mit diesem Positionspapier Impulse für eine zukunftsorientierte Gesundheitspolitik setzen. Als stärkste Kassenart in Brandenburg, mit mehr als 1,2 Millionen Versicherten, bringen wir uns aktiv in die gesundheitspolitische Debatte ein. Zentrales Anliegen der Ersatzkassen bleibt es, eine effiziente und qualitativ hochwertige gesundheitliche Versorgung zu ermöglichen, die am Wohle der Menschen im Land ausgerichtet ist.

Die vdek-Landesvertretung Berlin / Brandenburg und die Ersatzkassen im Land stehen den demokratischen Parteien als verlässliche Partner zur Seite, um gemeinsam die Gesundheitspolitik im Land Brandenburg im Sinne der Menschen zu gestalten.

Impressum

Herausgeber:

Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)
Landesvertretung Berlin / Brandenburg
Stresemannstraße 91 · 10963 Berlin
Tel.: 0 30 / 25 37 74-0
E-Mail: lv-berlin.brandenburg@vdek.com
Internet: www.vdek.com
✕ @vdek_Presse

Verantwortlich für die Inhalte:

Rebecca Zeljar

Redaktion:

Volker Berg
Ulrike Geitz

Bildnachweis:

Philip – stock.adobe.com

Gestaltung:

Schön und Middelhaufe GbR, Berlin

Druck:

PIEREG Druckcenter Berlin GmbH

Stand:

Mai 2024

Die Mitgliedskassen



Techniker Krankenkasse (TK)

Bramfelder Straße 140 · 22305 Hamburg

Tel.: 0 40/69 09-17 83

Fax: 0 40/69 09-13 53

E-Mail: pressestelle@tk.de

Internet: www.tk.de

✕ @TK_Presse



DAK-Gesundheit

Nagelsweg 27-31 · 20097 Hamburg

Tel.: 0 40/2 36 48 55-0

Fax: 0 40/3 34 70-12 34 56

E-Mail: service@dak.de

Internet: www.dak.de

✕ @DAKGesundheit



KRANKENKASSE

hkk – Handelskrankenkasse

Martinstraße 26 · 28195 Bremen

Tel.: 04 21/36 55-0

Fax: 04 21/36 55-37 00

E-Mail: info@hkk.de

Internet: www.hkk.de

✕ @hkk_Presse



BARMER

Postfach 11 07 04 · 10837 Berlin

Tel.: 08 00/33 31 01-0

Fax: 08 00/3 33 00 90

E-Mail: service@barmer.de

Internet: www.barmer.de

✕ @BARMER_Presse



KKH Kaufmännische Krankenkasse

Karl-Wiechert-Allee 61 · 30625 Hannover

Tel.: 05 11/28 02-0

Fax: 05 11/28 02-99 99

E-Mail: service@kkh.de

Internet: www.kkh.de

✕ @KKH_Politik



HANSEATISCHE KRANKENKASSE

HEK – Hanseatische Krankenkasse

Wandsbeker Zollstraße 86-90 · 22041 Hamburg

Tel.: 08 00/0 21 32 13

Fax: 0 40/6 56 96-54 00

E-Mail: kontakt@hek.de

Internet: www.hek.de

✕ @HEKonline



www.vdek.com

Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)

Landesvertretung Berlin / Brandenburg
Stresemannstraße 91 · 10963 Berlin

Tel.: 0 30 / 25 37 74-0

E-Mail: lv-berlin.brandenburg@vdek.com

Internet: www.vdek.com